

Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal

Lagebericht 2009

I. Darstellung des Geschäfts und der Rahmenbedingungen

Die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal (APH) sind seit 1994 ein eigenbetriebsähnlicher Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Zweck der APH ist die Errichtung und Unterhaltung von Alten- und Altenpflegeheimen sowie die Unterbringung, Betreuung, Versorgung und Pflege in der Regel pflegebedürftiger junger und alter Menschen. Sie sind am lokalen Pflegemarkt als größter Einzelanbieter tätig.

Darüber hinaus wurde den APH in 2003 der Fachbereich Senioren und Freizeit als Nebenbetrieb mit Ratsbeschluss übergeleitet. Es werden verteilt im Stadtgebiet Wuppertal fünf Seniorentagesstätten betrieben.

Die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal (APH) schließen das Geschäftsjahr 2009 mit einem positiven Ergebnis ab. In der Gewinn- und Verlustrechnung der APH wird ein Jahresüberschuss von 53,68 T€ (Vorjahr Jahresfehlbetrag: 1.383 T€) ausgewiesen. Davon resultieren 60,78 T€ (Vorjahr Jahresfehlbetrag: 1.383 T€) aus dem stationären Bereich. Der Fachbereich Senioren und Freizeit weist ein negatives Ergebnis in Höhe von 7,1 T€ (Vorjahr ausgeglichenes Jahresergebnis von 0 T€) aus. Der Jahresüberschuss beinhaltet 217,9 T€ (Vorjahr: 157,2 T€) als Gewinnbeteiligung der APH Service GmbH für 2009. Das Jahresergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.437 T€.

Der vom Rat der Stadt für das Wirtschaftsjahr 2009 beschlossene Wirtschaftsplan weist einen Überschuss von 80 T€ (für den stationären Bereich 80 T€ und für den offenen Bereich ein ausgeglichenes Jahresergebnis) aus. Tatsächlich weicht das Betriebsergebnis gegenüber dem Wirtschaftsplan um rd. 26 T€ ab. Ein Betriebskostenzuschuss seitens der Stadt war bzw. ist nicht erforderlich.

Umsetzung der Qualitätsstandards

Die Qualität, die das einzelne Haus zu bieten hat, ist für eine hohe Auslastung von entscheidender Bedeutung. Durch Pflege- und Qualitätsstandards, wie auch gesetzlich vorgegeben, und eine stetige Qualitätssicherung und -prüfung muss die Qualität der pflegerischen und hauswirtschaftlichen Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner auf hohem Niveau gehalten werden. Nur durch Qualität und entsprechende räumliche und personelle Rahmenbedingungen wird Nachfrage geweckt. Neue und/oder verschärfte Gesetze (Wohn- und Teilhabegesetz, Pflegequalitätssicherungsgesetz, Heimmitwirkungsverordnung usw.) zwingen die Einrichtungsbetreiber ständig nachzusteuern.

Unternehmenssteuerung

Im Bereich des Controlling und Risikomanagements haben die APH weiter nachgesteuert. Ein Risikomanagement-Handbuch ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut. Die Innenrevision wird durch Einkauf der Dienstleistung beim GMW gewährleistet.

Außerdem besteht die Notwendigkeit von zusätzlichen Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen Funktionsbereichen. So werden in 2009/10 Schwerpunkte in der Qualifizierung von Pflegehilfskräften in Form von Nachschulungen, der Schulung von Reinigungs- und Service-Kräften im Hinblick auf Hygiene und den Umgang mit Demenzerkrankten sowie vorbeugende und jährlich wiederkehrende Brandschutzunterweisungen für alle Beschäftigten angeboten und teilweise dienstverpflichtend umgesetzt. Die APH beteiligen sich finanziell teilweise oder ganz an den entsprechenden Angeboten für die Beschäftigten. Daneben bilden die APH auch in 2009 Auszubildende zum/zur Altenpfleger/in nach dem neuen Altenpflegeausbildungsgesetz aus. Damit erhoffen sich die APH eine nachhaltige Nachwuchsförderung und ein Entgegenwirken des Fachkräftemangels im Pflegeberuf. Außerdem bieten die APH interessierten Menschen im Rahmen eines Praktikums sowie innerhalb des freiwilligen sozialen Jahres die Möglichkeit, sich im Bereich der stationären Altenpflege einen Einblick zu verschaffen.

II. Vermögens- und Finanzlage

Eigenkapital und Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt (in T€):

Eigenkapital	EB-Wert	Entnahmen	Zu/ Abgänge	Endbestand
	T€	T€	T€	T€
Stammkapital	12.782	0	0	12.782
Rücklagen	4.100	0	0	4.100
Verlust-/Gewinnvortrag	335	0	-1.383	-1.048
Jahresüberschuss	-1.383	-1.383	54	54
	<u>15.834</u>	<u>-1.383</u>	<u>-1.329</u>	<u>15.888</u>
Rückstellungen	EB-Wert	Entnahmen	Zugänge	Endbestand
	T€	T€	T€	T€
Pensionsrückstellungen	964	215	84	833
Ausstehende Rechnungen	175	174	0	1
Unterlassene Instandhaltung	2.197	1.296	800	1.701
Personalbezogene Verpflichtungen	212	133	160	239
Abschluss- und Prüfungskosten	44	44	44	44
Anwalts- und Prozesskosten	40	0	0	40
Zinsen aus Investitionskosten	171	84	0	87
Verrechnung Altenpflegeumlage	72	45	0	27
Archivierung	17	0	0	17
Altentagesstätten	76	1	1	76
	<u>3.968</u>	<u>1.992</u>	<u>1.089</u>	<u>3.065</u>

Die Personalbezogenen Rückstellungen beinhalten auch Ansprüche von langzeiterkrankten Beschäftigten auf den gesetzlichen Mindesturlaub gem. EuGH-Urteil vom 20.01.2009.

Die Finanzierungsverhältnisse sind geordnet.

Die Anlagendeckung (unter Berücksichtigung des langfristigen Fremdkapitals) hat sich bedingt durch die Minderung des langfristigen Fremdkapitals auf 93,2 % verschlechtert. Eine Verbesserung der Anlagendeckung wird angestrebt. Das Eigenkapital hat - unter Berücksichtigung der Sonderposten - einen Anteil an der Bilanzsumme von 44,9 % (2008: 42,9 %) und das langfristige Fremdkapital von 55,1 % (2008: 57,1 %).

Die Liquidität der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal war im Wirtschaftsjahr 2009 jederzeit gewährleistet.

Liquidität zum Bilanzstichtag

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
	T€	T€
Kurzfristiges Fremdkapital	-5.258,5	-5.793,6
<u>Flüssige Mittel I. Ordnung</u>	<u>1.974,6</u>	<u>2.833,1</u>
Unterdeckung I	-3.283,9	-2.960,5
<u>Flüssige Mittel II. Ordnung</u>	<u>921,6</u>	<u>936,7</u>
Unterdeckung II	-2.362,3	-2.023,8
<u>Flüssige Mittel III. Ordnung</u>	<u>94,8</u>	<u>122,8</u>
Unterdeckung III	<u><u>-2.267,5</u></u>	<u><u>-1.901,0</u></u>

Wie aus der Übersicht hervorgeht, hat sich die Liquidität verschlechtert, wobei darauf hinzuweisen ist, dass das kurzfristige Fremdkapital freiwillig gebildete Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von rd. 1,6 Mio € beinhaltet, so dass sich ohne diese Rückstellungen eine Unterdeckung in Höhe von 644,1 T€ ergeben würde. Zudem führte die Umsetzung von Instandhaltungsmaßnahmen zu einem Mittelabfluss in Höhe von 928,2 T€.

	<u>2009</u> T€	<u>2008</u> T€
<u>Laufende Geschäftstätigkeit</u>		
Jahresergebnis	53,7	-1.383,0
Abschreibungen/Zuschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	1.015,9	1.015,5
Zunahme/Abnahme (-) der lang- und mittelfristigen Rückstellungen	-300,7	-363,2
Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,0	10,1
Auflösung von Sonderposten aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	<u>-53,3</u>	<u>-37,5</u>
Cash-Flow	<u>+715,6</u>	<u>-758,1</u>
Zunahme/Abnahme (-) der kurzfristigen Rückstellungen	-601,4	1.110,9
Zunahme (-)/Abnahme der Vorräte und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-118,6	-183,0
Zunahme /Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	<u>+118,5</u>	<u>-899,0</u>

	<u>2009</u> T€	<u>2008</u> T€
Mittelabfluss/-zufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	+114,1	-729,2
<u>Investitionstätigkeit</u>		
Investitionen in das Sachanlagevermögen	-665,8	-402,2
Zuführung zu den Sonderposten aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	171,5	93,6
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	-494,3	-308,6
<u>Finanzierungstätigkeit</u>		
Minderung/Erhöhung der Forderungen aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung (saldiert)	96,2	-81,1
Darlehensstilgungen	-574,5	-561,8
Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-478,3	-642,9
<u>Finanzmittelfonds</u>		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-858,5	-1.680,7
Finanzmittelbestand am Anfang des Jahres	2.833,1	4.513,8
Finanzmittelbestand am Ende des Jahres	<u>1.974,6</u>	<u>2.833,1</u>

III. Ertragslage

Seit dem 01.06.2008 gelten neue Pflegesätze für die städtischen Alten- und Altenpflegeheime, die ab dem 30. April 2008 verhandelt und nach Unterbrechungen am 16.05.2008 abgeschlossen wurden. Diese neuen Pflegesatzvereinbarungen gelten bis zum 30.06.2010. Erstmals ist es gelungen, die kompletten Personalkostensteigerungen auf Grund des

Tarifabschlusses refinanziert zu bekommen. Die Ausgaben für Fremdkräfte, die in Fällen von Erkrankungen eigener Pflegebeschäftigten anfallen, wurden nicht anerkannt. Die Auswirkungen der Tarifierhöhungen von Januar bis Mai 2008 mussten durch den Betrieb selbst aufgebracht werden.

Dennoch halten die Pflegekassen die Pflegesätze weiterhin auf niedrigem Niveau. Vor diesem schwierigen Hintergrund konnte die Betriebsleitung dennoch mit den Kostenträgern Pflegesätze aushandeln, die über alle Einrichtungen und Pflegestufen gesehen eine durchschnittliche Budgeterhöhung (ohne Investitionskostenpauschale) gegenüber den letzten Verhandlungen von rd. 4,87 % für die Laufzeit vom 01.07.2008 bis zum 30.06.2010 darstellen. Über alle Häuser und Pflegestufen (einschließlich der Pflegestufe 0) gesehen erhöhte sich das Heimentgelt um durchschnittlich zwischen 3,21 bis 7,42 %. Damit ist die Strategie der Betriebsleitung Pflegesätze zu erhalten, die eine auskömmliche und in die Zukunft gerichtete Betriebsführung ermöglichen (auch für den Wuppertaler Hof auf Grund des Umbaus und der damit derzeit und bis Ende 2009 nicht belegbaren Betten), aufgegangen. Das Ergebnis der Pflegesatzverhandlungen ermöglicht dem gesamten Betrieb für die Wirtschaftsjahre 2008 und 2009 eine auskömmliche Betriebsführung, die den Versorgungsauftrag nicht gefährdet und die Qualität durch personelle Ressourcen auf dem bisherigen Level sichert.

Seit März 2009 werden in den städtischen Einrichtungen Betreuungsassistenten und –assistentinnen eingesetzt, die ausschließlich zur Betreuung von Bewohnern mit eingeschränkter Alltagskompetenz (demenzerrkrankte Menschen) tätig sein dürfen. Diese werden zusätzlich von den Krankenkassen im Rahmen des SGB XI, § 87 b, an APH mit jährlich 30 T€/pro Vollzeitstelle eines Betreuungsassistenten vergütet.

Entwicklung der Ertragslage

In zusammengefasster Form hat sich das Jahresergebnis wie folgt entwickelt:

	2009	2008	Änderungen	
	T€	T€	T€	%
Pflegeerlöse	27.259	26.586	+673	+2,5
Sonstige betriebliche Erträge	1.060	925	+135	+15,6
Betriebsleistung	28.319	27.511	+808	+2,9
Personalkosten	17.646	17.353	+293	+1,7
Abschreibungen	1.046	1.020	+26	+2,6
Sachbedarf	8.287	7.665	+622	+8,1
Instandhaltung	1.737	2.923	-1.186	-40,6
Betriebliche Aufwendungen	28.716	28.961	-245	-0,9
Betriebsergebnis	-397	-1.450	+1.053	-
Finanzergebnis	-68	-38	-30	-79,0
Außerordentliches Ergebnis	519	105	+414	-
Jahresergebnis	54	-1.383	+1.437	-

Zu den einzelnen Komponenten sind folgende Anmerkungen zu machen:

1. Belegungssituation

Im Geschäftsjahr 2009 waren in den sieben Heimen durchschnittlich 97,1 % (Vorjahr 98,68%) der Plätze belegt. Betrachtet man die Belegung ohne den Wuppertaler Hof, der auf Grund von Umbaumaßnahmen im Neubau trakt ganzjährig nicht mehr voll belegbar war, ergibt sich eine Belegungsquote von 99,8 %.

Die Situation in den Häusern stellt sich im Einzelnen wie folgt dar (Bettenzahl im Jahresdurchschnitt):

	Betten - Anzahl	Auslastung in %	Abweichung Vorjahr in %
Altenpflegeheim Neviandtstraße	170	101,0	-0,5
Altenpflegeheim Obere Lichtenplatzer Str.	90	97,3	+0,7
Altenheim Vogelsangstraße	80	98,2	-1,9
Altenpflegeheim Am Diek	125	98,9	-0,5
Altenheim Hölkesöhde	108	100,8	+3,5
Altenzentrum Winklerstraße	87	75,7	-14,8
Altenheim Herichhauser Straße	<u>121</u>	101,2	+1,2
	781	97,1	-1,3

Die Belegung der Einrichtungen lag deutlich über der von der Betriebsleitung bei wirtschaftlichen Betrachtungen und Prognosen angenommenen Belegungsgrad von 98 bis 98,5 %. Damit folgt die Tendenz der Vorjahre und zeigt deutlich, dass trotz zusätzlicher Einrichtungen in Wuppertal und Leerständen die kommunalen Einrichtungen gut aufgestellt und angenommen sind.

2. Personalsituation und -kosten

Zum Ende des Geschäftsjahres waren bei den Alten- und Altenpflegeheimen insgesamt 430 Personen tätig. Damit veränderte sich der Stand der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt nicht. Die Frauenquote an der Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt 87,71 %.

Die Beschäftigten verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche

	Beschäftigte 31.12.2009	Beschäftigte 31.12.2008	Abweichung
Zentralverwaltung	16	16	- / -
Betriebsstätten (Heime)	414	429	-15
	<u>430</u>	<u>445</u>	<u>-15</u>

Bei den vorgenannten Beschäftigtenzahlen handelt es sich nicht um Vollstellen, sondern um Kopfzahlen.

Die Höhe der Personalkosten beträgt 17.646 T€. Davon entfallen auf

Löhne, Gehälter, Dienstbezüge	13.841 T€
Soziale Abgaben	2.679 T€
Altersversorgung	1.042 T€
Beihilfen und Unterstützungen	6 T€
Personalnebenkosten	<u>78 T€</u>
	<u>17.646 T€</u>

Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Geschäftsjahr 2008 um rd. 292 T€ (Vorjahreszeitraum 126,9 T€) an. Das ist ein Anstieg von 1,7 % gegenüber dem Vorjahr.

Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen:

- Tarifliche Gehaltssteigerung
- die Wiederbesetzung frei gewordener Stellen in der Pflege auf Grund z.B. längerer Erkrankung und/oder Austritt aus dem Betrieb
- Verringerung im hauswirtschaftlichen Bereich durch natürliche Fluktuation und Aufgabenübertragung an APH Service GmbH

3. Sachbedarf

Die Materialaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 639 T€.

Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen:

- Einsatz von Betreuungsassistenten ab März 2009
- Anstieg des Energiebedarfes (auf Grund des lange andauernden Winters);
- zusätzlicher Aufwand für Beratung im Zusammenhang mit dem Küchenkonzept;
- Anstieg des Aufwands für Zusatzpersonal ,
- Minderung der Aufwendungen für Fremdpersonal in der Pflege;
- Betreuungsbedarf in den Altentagesstätten.

4. Instandhaltungen

Für Instandhaltungen einschließlich Rückstellungen für unterlassene, aber im Folgejahr nachgeholte Maßnahmen wurden rd. 1.737 T€ (Vorjahr: 2.923 T€) aufgewendet; die wesentlichen Aufwendungen entfielen dabei auf den Gebäudebereich (1.306 T€), die technischen Anlagen (116 T€), die Betriebsausstattung (119 T€), die Außenanlagen (53 T€) sowie die Wartung (141 T€). Für die Tagesstätten wurden 2 T€ an Instandhaltungen aufgewendet.

IV. Nachtragsbericht

Bei der Risikobetrachtung des Betriebes ist zu bedenken, dass das Nachfragepotential für Altenheimplätze weitgehend fehlt, weil das SGB XI den Vorrang der ambulanten und teilstationären Betreuung vor der vollstationären Unterbringung normiert und weder der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) für die Pflegekassen noch die Sozialhilfeträger Heimbedürftigkeit bei fehlendem Pflegebedarf attestieren. Dagegen ist die Belegung der Pflegeplätze für die überschaubare Zukunft weiterhin erreichbar. Die Entwicklung auf dem privaten Altenpflegesektor muss auch weiterhin im Hinblick auf Marktentwicklungen beobachtet werden. Derzeit gibt es nach Erhebungen der örtlichen Sozialplanung rd. 150 nicht belegte Plätze in stationären Einrichtungen in Wuppertal.

Im Frühjahr 2010 werden die Pflegesätze seitens APH bei den Kostenträgern gekündigt mit dem Ziel, neuer und höherer Pflegesätze für die sieben Einrichtungen ab dem Juli 2010. Die notwendigen Verhandlungen werden voraussichtlich im April/Mai 2010 zu führen sein.

Die gesondert berechnungsfähigen betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen, die bis zum 31.12.2008 gültig waren, wurden termingerecht Ende 2008 neu beantragt und Anfang 2009 vom Landschaftsverband Rheinland für zwei Jahre beschieden. Es gab für alle beantragten Einrichtungen erhöhte Investitionskostenpauschalen, die die Erlöse für 2009 und 2010 erhöhen. Für die Einrichtungen Hölkesöhde und Neviandtstraße wurden noch keine Anträge gestellt, da diese Häuser auf Grund der Anerkennungsgrundlage für bereits erstellte Rettungswege, Gesamtkonzeptionen bedingen, die derzeit mit dem örtlichen Sozialträger sowie dem Landschaftsverband abgestimmt werden. Nach Abschluss der Verhandlungen wird es auch für diese Einrichtungen erhöhte Investitionskostenpauschalen geben.

In der Herichhauser Straße sind die zwischen Bauordnung, Feuerwehr und APH im Bereich des Wirtschaftseingangs vereinbarten Fluchtbalkone erstellt. Die Balkone werden auf Grund fehlender Barrierefreiheit nicht mehr erstellt. Nach Prüfung der raumlufttechnischen Anlagen durch Sachverständige müssen hier technische Nachrüstungen erfolgen. Diese werden bis Mitte 2010 abgearbeitet sein.

Die weitere Sanierung des Hauses B in der Neviandtstraße wurde gestoppt. Hintergrund ist die fehlende Genehmigung der Bezirksregierung zur Aufnahme von Finanzmitteln seitens APH bei der Stadt Wuppertal. Alternativ werden hier Möglichkeiten gesucht, die eine Genehmigung denkbar machen. Auch hier finden weitere Gespräche zwischen Beteiligungssteuerung, GWG und APH statt. Außerdem liegt APH nunmehr hierzu ein Konzept des Kuratoriums deutscher Altenhilfe (KDA) vor, welches im September 2008 dem örtlichen Sozialhilfeträger vorgelegt wurde und derzeit abgestimmt wird. Ein Abriss der Gebäudeteile Haus B und C einhergehend mit einem Ersatzbau im Rahmen des Landespflegegesetzes wird derzeit geprüft.

V. Risikobericht

APH beobachten den lokalen Pflegemarkt sehr genau. Insbesondere zusätzliche Heimplätze, die durch Neu- und Umbauten in Wuppertal entstanden sind, führen dazu, dass nach dem Auslastungsmonitoring der städtischen Sozialplanung für das erste Halbjahr 2009 die Durchschnittsbelegung der stationären Einrichtungen in Wuppertal bei ca. 96,1% (Vorjahr: 95 %) liegt. Weiter heißt es in diesem Bericht, dass durchschnittlich im ersten Halbjahr 2009 täglich rein rechnerisch 150 (Vorjahr: 200) Pflegeplätze nicht genutzt wurden. Somit besteht frühestens ab dem Jahr 2015 rein quantitativ nach derzeitiger Einschätzung Bedarf an einer Angebotserweiterung. Zeitgleich entstehen derzeit bzw. in den nächsten Jahren neue zusätzliche stationäre Einrichtungen. Es werden in Wuppertal derzeit und zukünftig, wenn auch nicht in demselben Maße, Betten abgebaut. Dies geschieht auf Grund notwendiger Umbaumaßnahmen und/oder Qualitätsverbesserungsmaßnahmen bei den verschiedenen Trägern. Auch APH haben und werden zukünftig im Rahmen der Anpassungen an das Landespflegegesetz NRW einige Pflegeplätze abbauen. Ab Anfang 2009 wurden bei APH 9 Plätze abgebaut. Der nächste Pflegeplatzabbau ist für 2011 vorgesehen. Trotzdem besteht weiterhin die Gefahr, dass bei den APH in einzelnen Einrichtungen Belegungsprobleme auftreten könnten.

Wie bereits im Lagebericht zum Jahresabschluss 2004 dargestellt, sind die gesetzlichen Veränderungen im Rahmen des Heimgesetzes, die nunmehr weitestgehend durch das Land im sog. Wohn- und Teilhabegesetz NRW geregelt werden und Auswirkungen der Reform der Pflegeversicherung sowie der Gesundheitsreform weiter offen. Zudem sind die Auswirkungen von EU-Regelungen (z. B. Dienstleistungsrichtlinie, EU-Richtlinie für Zulassungen von

Produktionsküchen) sowie dem vorgenannten Wohn- und Teilhabegesetz nicht abschließend zu bewerten.

Die Betriebsleitung sieht zudem Risiken in der Umsetzung von Baumaßnahmen. Die Bezirksregierung verweigert derzeit die erforderliche Kapitalaufnahme von Einrichtungen bei ihren Kommunen, die keinen genehmigten Haushalt haben. Das kann, wenn z. B. eine größere Baumaßnahme ansteht, die nicht über die beschiedene Investitionskostenpauschale abgewickelt werden kann, dazu führen, dass in der betroffenen Einrichtung Leerstände produziert werden und somit ein wirtschaftliches Risiko für den Betrieb entstehen kann.

Die in 2004/05 begonnenen vorbeugenden Brandschutzmaßnahmen in der Einrichtung Neviandtstraße, die mit Feuerwehr und Bauordnung in einem Zeitplan abgestimmt sind, werden in 2011 vollständig abgeschlossen sein.

Die Betriebsleitung entschloss sich nach eingehender Beratung und Würdigung insbesondere der neuen Brandschutzverordnungen schrittweise in allen städtischen Einrichtungen flächendeckende Brandmeldeanlagen, soweit noch nicht vorhanden, für alle Einrichtungen zu installieren. Seit 2009 werden die bestehenden Anlagen schrittweise erweitert. Drei Einrichtungen sind bereits umgesetzt.

Trotz des guten Ergebnisses der letzten Pflegesatzverhandlungen im April/Mai 2008, bei dem eine durchschnittliche Budgeterhöhung von rd 4,87 % ausgehandelt werden konnte und das Heimentgelt über alle Heime und Pflegestufen gesehen zwischen 3,21 bis 7,42 % erhöht wurde, sieht die Betriebsleitung Risiken, die von ihr nicht wesentlich beeinflusst werden können. Da die Pflegesätze ausschließlich prospektiv verhandelt und vereinbart werden, können Kostenveränderungen während der vereinbarten Laufzeit nicht abschließend und vollständig berücksichtigt werden. Insbesondere im Sachkostenbereich kommt es zu plötzlichen und unerwarteten Erhöhungen. Hier sind hauptsächlich die Energiekosten sowie die Kosten für medizinische und pflegerische Produkte zu sehen. Ebenso ist die zwischen den Tarifparteien noch immer nicht abgeschlossene Entgeltordnung risikobehaftet. Diese Entgeltordnung kann aus Sicht der Betriebsleitung rückwirkende (bis zur Einführung des TVöD im Oktober 2005) Folgekosten nach sich ziehen. Die Zusatzversorgung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat ab dem Januar 2010 den Sanierungsgeldanteil um 1% erhöht. Darüber hinaus ist der stationäre Pflegebereich einer Fülle von Gesetzen und Vorschriften ausgesetzt, die durch Veränderungen zu zusätzlichen Kosten führen. Hier ist in

erster Linie das neue Wohn- und Teilhabegesetz des Landes NRW gemeint, das das bisherige Heimgesetz ab dem Januar 2009 abgelöst hat.

Die auf Grund der gesetzlichen Vorgaben (z. B. Pflegeweiterentwicklungsgesetz) erhöhten Qualitätsansprüche an die stationären Einrichtungen, wurden von den städtischen Einrichtungen eindrucksvoll erfüllt. In 2009 erfolgten in allen sieben städtischen Einrichtungen unangemeldete Prüfungen durch verschiedene Prüfteams des MDK Nordrhein. Die Einrichtung in der Herichhauser Straße wurde im Oktober 2009 als erste stationäre Einrichtung in Wuppertal nach den neuen Transparenzvereinbarungen unangemeldet geprüft. Das Haus wurde mit der Gesamtnote 1,8 bewertet und das Ergebnis veröffentlicht. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die geprüften Einrichtungen im Wesentlichen mängelfrei sind. Darüber hinaus erfolgten Hausprüfungen durch die örtliche Heimaufsicht, die ebenso positiv ausgefallen sind.

VI. Prognosebericht

Die Betriebsleitung sieht die APH als großen lokalen Anbieter in einer guten Marktposition und somit gut aufgestellt. Allerdings geht die Betriebsleitung davon aus, dass die Belegung sich zwischen 98 bis 98,5 % auf alle Häuser gerechnet einpendeln wird. Durch die gute und zukunftsgerichtete Zielgruppenarbeit, die seit Jahren vorangetrieben wird, sollten die gesetzten Ziele erreichbar bleiben. Nachdem die APH bis auf die Neviandtstraße die vorbeugenden Brandschutzmaßnahmen weitestgehend abgeschlossen hat, soll ab 2011 verstärkt in qualitative bauliche Verbesserungen investiert werden. Auch dies ist eine zukunftsichernde Maßnahme. Für das Jahr 2010 sieht die Betriebsleitung das Ziel des Wirtschaftsplanes 2010 als realisierbar an, in dem ein Jahresüberschuss ausgewiesen ist. Die Betriebsleitung wird die Jahre 2010 und 2011 nutzen, um durch entsprechende Investitionen und Baumaßnahmen den Betrieb noch wettbewerbsfähiger zu gestalten. Dabei wird darauf geachtet, dass die Umsetzungen den gesetzlichen Richtlinien und den Qualitätsansprüchen an eine moderne gesamtheitliche Altenpflege entsprechen. Insbesondere sind die folgenden Baumaßnahme ab 2010 zu benennen:

Neviandtstraße	vorbeugende Brandschutzmaßnahmen sowie ggfls. Instandhaltung der Fernwärmeleitung (ca. 800 T€)
Vogelsangstraße	Verbesserung der sanitären Anlagen (ca. 50 T€)

Alle Häuser	sonstige Energiesparmaßnahmen (seit 2009 rd. 150 T€) gem. TÜV Vorgaben Erneuerung bzw. Wartung von Lüftungstechnischen Anlagen sowie Ertüchtigung der Elektroanlagen (in 2010 rd. 100 T€) diverse Bauunterhaltung (z. B. Maler,-Sanitär- und Elektroarbeiten rd 300 T€) Erneuerung/Erweiterung von Aufzügen (rd. 100 T€)
Wuppertaler Hof	Schaffung eines Sinnesgartens entlang der Friedrich Engels Allee (Bearbeitung und Aufbereitung einer Grünfläche rd. 50 T€).

Darüber hinaus wurden und werden sog. Niedrig-floor-Betten zur Sturzprävention angeschafft. Die ersten Betten wurden im Januar 2010 ausgeliefert.

Des Weiteren sind zukünftig niedrigschwellige Angebote in Kooperation mit Kliniken als zusätzliche Angebote und Einnahmemöglichkeiten für APH denkbar.

Die im Lagebericht des Jahres 2008 erwähnte Tagespflege in der Herichhauser Straße ist aus technischen und wirtschaftlichen Gründen nicht realisierbar.

Die Zusammenlegung der Küchen hin zu zwei Produktionsküchen und fünf Verteilerküchen verzögerte sich. Im Juni 2010 soll endgültig und stufenweise die Zusammenlegung der Küchen beginnen. Die EU-Zulassungen für Produktionsküchen liegen vor bzw. wurden mündlich angekündigt.

Im Fachbereich Senioren und Freizeit werden die APH verstärkt auf Migrationsarbeit setzen. Zweimal jährlich erscheinen Angebote über Reisen und Ausflüge für ältere Menschen aus den verschiedenen Wuppertaler Stadtgebieten.

Die einzelnen Tagesstätten sind besuchergerecht hergerichtet. Allerdings soll ab 2011 ein anderer Standort für die Tagesstätte im Verwaltungshaus in Langerfeld in der Schwelmer Strasse gesucht werden. Die jetzige nutzbare Fläche ist weder behindertengerecht noch brandschutzvorbeugend.

APH werden zukünftig weiter alternative und/oder ergänzende Wohnformen in stationären Pflegeeinrichtungen planen und umsetzen.

Die weitere Fortführung der strukturellen und damit verbundenen baulichen Veränderungen in den Einrichtungen sind ein notwendiges Mittel zur Umsetzung des strategischen Zieles der Vollbelegung aller Häuser der APH. Die Refinanzierung der Instandhaltungsmaßnahmen erfolgt losgelöst von den tatsächlich entstehenden Instandhaltungsaufwendungen.

Die vom Landschaftsverband Rheinland beschiedenen Investitionskostensätze errechnen sich auf der Grundlage von Bettenwerten und den historischen Anschaffungskosten der Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund kann es, wie in den Vorjahren, auch zukünftig in diesem Bereich zu Unterdeckungen kommen.

Sonstige Anmerkungen

Alle von den APH nicht beeinflussbaren Aufwandserhöhungen sind eine Gefahr für einen wirtschaftlich zu führenden Betrieb. Die APH haben keine Reserven, um zusätzliche Aufwendungen, die von außen in den Betrieb getragen werden, im operativen Geschäft aufzufangen. Aufgrund ihrer nachfragegerechten und flexiblen Reaktionen auf dem lokalen Pflegemarkt, werden die APH als größter Anbieter ihre sozialen Kompetenz und Verpflichtung gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen dieser Stadt auch zukünftig erfüllen. Dabei muss der Betrieb wirtschaftlich und auskömmlich arbeiten. Die konsequente und kontinuierliche Politik der Einsparung und Kostenreduzierung (z.B. durch Budgetierung, Mitarbeitermotivierung usw.), die die Betriebsleitung weiterhin umsetzt, sind hierfür ein Garant. Die in den kommenden Jahren noch notwendigen Investitionen und Bauunterhaltungsmaßnahmen, die aus eigenen Mitteln (und ggf. Fördermitteln) bestritten werden, sind zur wirtschaftlichen Zukunftssicherung des Eigenbetriebes zwingend notwendig. Daneben ist die Qualität, die in den Einrichtungen auf hohem Niveau gehalten wird, für eine hohe Auslastung entscheidend.

Wuppertal, den 31.03.2010

gez. Renziehausen
Betriebsleiter